

Stellungnahme der ProDG-Fraktion/Lydia Klinkenberg
Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft
Plenum vom 07. November 2016

Es gilt das gesprochene Wort!

Zusammenarbeitsabkommen mit der Provinz

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrter Mitglieder der Regierung,
werte Kolleginnen und Kollegen!

Jeder Hausbesitzer in der DG leistet seinen Beitrag an die Provinz in Form der Zuschlag-hunderstel auf die Immobiliensteuer. Die Provinz hat so im Jahre 2015 **auf dem Gebiet der DG Steuern in Höhe von beachtlichen 15 Millionen Euro erhoben.**

Der Rückfluss von Seiten der Provinz ist jedoch unverhältnismäßig niedrig.

Im Jahr **2014** beispielsweise betrug er lediglich **4,5%**, ca. 680.000 Euro, wohlgermerkt abge-sehen von den Dienstleistungen, die unser Bürgerinnen und Bürger außerhalb des Gebietes der DG in der Provinz Lüttich in Anspruch nehmen, wie beispielsweise der Besuch bestimmter Hochschulen, an denen die Provinz finanziell beteiligt ist.

Die Provinzen haben durch die bisherigen Verfassungsreformen stark an Bedeutung verloren. Gerade in der kleinen Deutschsprachigen Gemeinschaft mit ihren kurzen Wegen bringt die Provinz als Ebene zwischen den 9 deutschsprachigen Gemeinden und der DG wenig Mehrwert. Die Provinz Lüttich ist zudem vorwiegend in Bereichen aktiv ist, die die DG ohnehin bereits verwaltet und gestaltet: Unterricht, Denkmalschutz, Kultur, Denkmalschutz,

Sport, Tourismus, die Gesundheitsprävention usw. Die untergeordnete Zwischenbehörde Provinz erhöht also in der DG vor allem den Verwaltungsaufwand. An den mit breiter Mehrheit dieses Hauses unterstützten Forderungen nach Provinzfreiheit bzw. Übertragung der Provinzzuständigkeiten hat sich also aus Sicht von ProDG nichts geändert.

Wir fordern, die DG zu einem provinzfreien Gebiet zu machen, mit der Konsequenz, dass die Provinz Lüttich in den 9 deutschsprachigen Gemeinden keine Steuern mehr erheben dürfte. Die Zusatzsteuern aus der DG, die jetzt in die Provinz fließen und nur tröpfchenweise wieder nach Ostbelgien zurückkommen, könnten aufgeteilt werden: beispielsweise könnte man dem Bürger einen Teil der Steuer erlassen; der andere Teil könnte direkt den Gemeindekassen zugeführt werden, was dem Erhalt und dem Ausbau ihrer Infrastrukturen direkt zugute käme.

Artikel 139 der Verfassung bestimmt die Wallonische Region als Ansprechpartner in dieser Frage. Die Gesprächsbereitschaft hält sich allerdings in Grenzen - bedauerlicherweise. Wie schwierig die Verhandlungen mit der Wallonischen Region sein können, hat zuletzt die Frage nach der Einigung bezüglich der Organisation der Provinzwahlen 2018 gezeigt, die nun endlich in unserem Sinne geklärt werden konnte. Wir dürfen also weiterhin elektronisch wählen, mit anschließendem Papierbeweis.

Wie dem auch sei: Die Provinzzuständigkeit liegt weiterhin bei der Wallonischen Region und wir müssen daher mit den Organen der Provinz so gut es geht zusammenzuarbeiten. Und daher freut es mich zu hören, dass die Gespräche der Regierung mit der Provinz über das neue Zusammenarbeitsabkommen zwar nicht immer einfach, aber konstruktiv verlaufen sind.

Die im neuen Zusammenarbeitsabkommen für die Jahre **2016 bis 2018** vorgesehenen Zuwendungen der Provinz werden um ca. 56% erhöht, was dann künftig einen **Rückfluss der Steuererhebungen von ca. 8%** ausmacht - immerhin! Nach eigenen Angaben hat die Regierung das maximal Mögliche herausgeholt.

Analog zum Regionalen Entwicklungskonzept sieht das Zusammenarbeitsabkommen beispielsweise Sprachbäder zur Förderung der Mehrsprachigkeit und eine Kooperation bei

der Problematik Mobbing an Schulen vor. Außerdem erhält die Musikakademie 15.000 Euro jährlich.

Der größte Teil kommt allerdings der Entwicklung unserer Gemeinden zu Gute. Die Gelder stehen zudem zur freien Verfügung. Das sind gute Neuigkeiten. Wir befürworten es daher, diese positive Entwicklung auch dekretal abzusichern und die Gelder in den Gemeindefonds zu integrieren. Denn letztlich sind die Gemeinden die Instanzen, die am nächsten am Bürger sind.

Das Zusammenarbeitsabkommen mit der Provinz weist also einige begrüßenswerte Verbesserungen zu den vorherigen Abkommen auf, was allerdings nichts an unseren legitimen Forderungen nach Provinzfreiheit ändern wird.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Lydia Klinkenberg
ProDG-Fraktion